

Rentner haben im Pandemiefall das Nachsehen

Der Bund bereitet Notfallpläne für eine Grippe-Pandemie vor. Ist der Impfstoff knapp, sollen ältere Menschen zuletzt versorgt werden

Martin Stoll

Bern Wieder ist sie besiegt. Die Grippe hat sich dieses Jahr hartnäckiger gehalten als in anderen Wintern. Doch im April war der Yamagata-Virus gebodigt.

Vielleicht schon nächstes Jahr wird die Sache nicht mehr so glimpflich ausgehen. Fachleute gehen davon aus, dass es alle 40 bis 80 Jahre in der Schweiz zu einer Pandemie kommt. Es wird Tausende Tote geben. Hunderttausende Erkrankte müssen in Spitälern gepflegt werden.

Die grössten Überlebenschancen hat dann, wer rasch mit einem wirksamen Impfstoff versorgt wird. Doch im Pandemiefall werden die Dosen knapp sein. Wer damit zuerst versorgt wird, entscheiden die Bundesbehörden – und das beschlossene Impfregeime wird nötigenfalls mithilfe von Sicherheitskräften durchgesetzt.

Um gerüstet zu sein, hat das Bundesamt für Gesundheit (BAG)

jetzt konkrete Kriterien ausarbeiten lassen, nach denen im Pandemiefall knapper Impfstoff verteilt werden kann. Die von der ETH Zürich verfasste Studie «Prioritätenliste und Kontingentberechnung» wägt über 70 Seiten ethische und medizinische Kriterien ab, lotet Ausbreitungsszenarien aus und schlägt mögliche Priorisierungskaskaden vor.

Verband für Seniorenfragen wundert sich

Der von den Wissenschaftlern favorisierte Verteilschlüssel sieht vor, dass zuerst Kinder und Jugendliche sowie eine kleine Gruppe von Medizinalpersonen mit dem überlebenswichtigen Impfstoff versorgt werden. Dann sind Schwangere und Risikopatienten an der Reihe: zuerst die jüngeren Risikopatienten, dann die älteren. Noch rüstige Rentner müssen warten, bis die ganze Schweiz durchgeimpft ist.

«Mit Verwunderung» nimmt der Schweizerische Verband für

Seniorenfragen (SVS) vom Studienergebnis Kenntnis. Zwar habe man Verständnis für eine Bevorzugung von Kindern und Krankenhauspersonal. «Die Unterteilung in Risikogruppen bis 64 Jahre und Risikogruppen ab 65 Jahren ist aber völlig willkürlich und diskriminierend», sagt Karl Vögeli, Präsident der Dachorganisation Senioren- und Rentnerverbände.

«Jede Form der Priorisierung wird die einen zufriedenstellen, die anderen nicht», schreiben die Autoren der Bundesstudie denn auch vorsorglich. Von gesellschaftlichen Konventionen haben sie sich nicht leiten lassen. Bei der Formulierung der Zuteilungskriterien stützten sie sich, deutlicher als im bestehenden Pandemieplan des Bundes, auf epidemiologische Grundsätze.

Damit unterscheidet sich das Schweizer Konzept von den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und den Plänen, welche in den USA, in Kana-

da, Australien und zahlreichen EU-Ländern für den Krisenfall vorgesehen sind. Diese Länder privilegieren nicht Kinder und Jugendliche, sondern Personen mit einem erhöhten Sterberisiko oder solche, die bei einer Erkrankung mit schweren Komplikationen rechnen müssen.

Statt auf die Kranken setzt der Vorschlag des Bundes auf das Szenario «Jüngste zuerst». Dieses habe den günstigsten Effekt auf die Ausbreitungsdynamik. Kinder würden wegen ihres Kontaktmusters stark zur Ausbreitung der Pandemie beitragen, argumentiert das BAG.

Auch eine Impfstoff-Lotterie wäre für den Bund möglich

Dass sein Lösungsansatz umstritten ist, weiss der Bund: In einer Umfrage taxieren Ärzte, Medizinalpersonal und Bürgerinnen und Bürger eine Bevorzugung von Kindern als «eher unfair». Eine Bevorzugung von Kranken – so wie es die WHO vorschlägt – findet hingegen eine breite Akzeptanz.

Weil sich Pandemien unterscheiden, will sich der Bund auch weitere Zuteilungsoptionen offenhalten, zum Beispiel das Zufallsprinzip. Bei diesem würden die Impfdosen ausgelost. Jede Person hätte die gleiche Chance. Das Verfahren wäre sehr fair. «Jedoch ist die Wahrscheinlichkeit gering, dass durch diesen Mechanismus eine Familie als Gesamtes geimpft wird», heisst es im Grundlagenpapier des Bundes.

Über die Studie, zu der sich die Sonntagszeitung gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz Zugang verschafft hat, sind die Kantone Anfang April informiert worden. In den kommenden Monaten will das BAG die Kriterien, welche im Pandemiefall zu einem Verteilschlüssel führen, mit den Kantonsärzten diskutieren. Offene Fragen – beispielsweise der Umgang mit Grenzgängern – müssen ebenfalls geklärt werden. Danach soll das vorgeschlagene Impfkonzert verbindlich werden.



Ein Fall fürs Schadenzentrum des Verteidigungsdepartements: Im November 2016 verunfallte ein Duro in Schwyz, mehrere Personen wurden verletzt

Foto: Keystone

Bern Neben zwei Schiessunfällen, bei denen sechs Soldaten teilweise schwer verletzt wurden, geriet die Schweizer Armee in den vergangenen Wochen wegen Unglücken auf der Strasse wiederholt in die Schlagzeilen. Zuletzt am 3. Mai, als auf der A1 vier Personenwagen des Militärs zwischen der Raststätte Würenlos AG und dem Limmattaler Kreuz kollidierten. Darin sassen Angehörige der Durchdienschule Aarau – alle Beteiligten blieben unverletzt.

Nur drei Tage zuvor kam ein Piranha-Panzer in Plaffeien FR von der Strasse ab und überschlug sich. Der Fahrer zog sich Kopfver-

Schwarze Serie bei der Armee

Das Militär musste 2017 nach Unfällen Schäden im Wert von über 15 Millionen Franken begleichen

letzungen zu und wurde hospitalisiert. Bereits am 17. April waren Piranha-Panzer der Armee in einen Unfall verwickelt: Vier dieser Fahrzeuge krachten auf der A1 bei der Berner Raststätte Grauholz ineinander. Sie transportierten Angehörige der Panzerjäger-Rekrutenschule. Fünf Soldaten wurden beim Unglück verletzt.

Trotz dieser schwarzen Serie sagt eine Sprecherin des Verteidigungsdepartements (VBS): «Wir können nicht bestätigen, dass gestützt auf diese drei Ereignisse von einer «Häufung von Fällen» ausgegangen wird.» Tatsächlich bewegt sich die Anzahl Vorfälle derzeit noch unter dem Vorjahresniveau: Von Januar bis Ende April 2018 verur-

sachte der Milizdienst der Armee 643 Ereignisse im militärischen Strassenverkehr, das sind 132 weniger als 2017. Anders sieht die Tendenz aber aus, wenn man die Schadensfälle über die ganze Armee hinweg inklusive ziviler Bundesfahrzeuge betrachtet.

In diesem Bereich ist gemäss VBS-Statistik in den letzten drei

Jahren ein leichter Anstieg zu beobachten – um 1,5 Prozent auf 7576 Schadensfälle im Jahr 2017. Pro Jahr waren in rund drei Vierteln dieser Schadensfälle zivile oder militärische Fahrzeuge des Bundes involviert. Und ihre Zahl ist seit 2015 überproportional gestiegen: Registrierte das VBS 2015 noch 5748 solcher Fälle, waren es

vergangenes Jahr bereits 5902. Wie ein Sprecher präzisiert, steht aber nicht zwingend jeder Schadenfall für ein Ereignis, denn ein einzelnes Unglück könne mehrere Schadenfälle nach sich ziehen.

Das Schadenzentrum des VBS beglich 2017 Schäden im Gesamtwert von rund 15,5 Millionen Franken. Das sind rund 1,5 Millionen Franken mehr als noch ein Jahr zuvor. Allein der Totalschaden eines gepanzerten Mannschaftstransportfahrzeugs und der Absturz eines Kampfflotts der Patrouille Suisse verursachten letztes Jahr Schäden von 1,8 Millionen Franken. Pia Wertheimer